



Am Montag im Kantonsrat

Zürich, 10.01.2025

Vorschau auf die Kantonsratssitzung vom Montag, 13. Januar 2025

Fokusthemen: **Justiz, Zukunftspreis**

Der Zürcher Kantonsrat wird am Montag nach dem Eintritt eines neuen Ratsmitglieds über die Abschreibung eines Postulats zur Film- und Medienförderung und einen Beitrag an das Pilotprojekt digitale Kultur diskutieren. Anschliessend steht zunächst die Abschreibung von zwei weiteren Postulaten und dann die Behandlung von ein paar Vorstössen an, welche die JI betreffen. Im Anschluss an die Sitzung wird der Rat zum ersten Mal den Zürcher Zukunftspreis vergeben.

Pilotprojekt zur Förderung der digitalen Kultur soll genehmigt werden

Eigentlich keine lange Debatte müsste die Abschreibung eines Postulats betreffend «Film- und Medienförderung» auslösen. Ein Postulat als erledigt abzuschreiben bildet den finalen Akt auf der Reise dieser Vorstossart. Der Kantonsrat nimmt damit den mit dem Postulat vom Regierungsrat geforderten Bericht zur Kenntnis. Die Kommission für Bildung und Kultur (KBIK) beantragt dem Kantonsrat denn auch mit 9 zu 6 Stimmen, das von ihr selbst eingereichte Postulat betreffend «Film- und Medienförderung» direkt als erledigt abzuschreiben ([5846](#)). Eine Minderheit (SVP und FDP) beantragt jedoch, dies mit einer vom Regierungsrat abweichenden Stellungnahme zu tun. Mit dem Kommissionsvorstoss forderte die KBIK, dass ein Teil der kantonalen Beiträge an die Zürcher Filmstiftung (ZFS) künftig für die Förderung neuer audiovisueller Formate eingesetzt wird. Der Regierungsrat gab eine Studie in Auftrag und setzte bei der Förderung der digitalen Kultur schliesslich auf ein Pilotprojekt, mit welchem die Bereiche «New Media» und «Games» in die ZFS integriert werden. Die Unterstützung der Medienkunst will er aber weiterhin bei der Fachstelle Kultur belassen. Die Kosten von 4,5 Millionen Franken für das dreijährige Projekt sollen dem Kulturfonds belastet werden. Dem Kantonsrat wird dazu eine Finanzierungsvorlage vorgelegt. Die Kommissionsminderheit hält fest, dass sie die vorgesehene Weiterentwicklung der Filmstiftung in die geforderte Richtung begrüsse, aber die Zunahme der Kultursubventionen ablehne. Die Mittel seien durch Umverteilung bestehender Subventionen zu beschaffen. Gemeinsam mit der Abschreibung des Postulats wird der Rat auch über die Finanzierungsvorlage diskutieren. Die KBIK beantragt ebenfalls mit 9 zu 6 Stimmen, den Beitrag zu genehmigen, während die Minderheit den Kredit ablehnt ([5965](#)).

KBIK-Präsidentin: Karin Fehr Thoma (Grüne, Uster), 078 610 16 61

Minderheit: Marc Bourgeois (FDP, Zürich), 079 219 95 38

Postulat zu Kultur für Personen mit kleinem Budget soll abgeschrieben werden

Ebenfalls als erledigt abgeschrieben wird am Montag das Postulat der SP betreffend «Kultur für alle statt für wenige» ([KR-Nr. 116/2020](#)). Die Diskussion wird sich auch bei diesem Geschäft darum drehen, ob dies direkt geschehen soll, wie das die KBIK mit 9 zu 6 Stimmen beantragt, oder mit einer anderslautenden Stellungnahme, wie es eine Minderheit aus FDP und SVP fordert. Mit dem Vorstoss wurde der Regierungsrat eingeladen, in einem Bericht aufzuzeigen, wie die staatlich unterstützten Kulturinstitutionen den Zugang zur Kultur und zu kulturellen Veranstaltungen für alle fördern, vor allem für Personen mit kleinem Budget. Der Regierungsbericht führt die bestehenden Massnahmen der Kulturinstitutionen im Detail auf und wertet diese aus. Für die Mehrheit der Kommission erfüllt der Bericht die Forderung des Postulats. Die Minderheit möchte, dass in einer anderslautenden Stellungnahme festgehalten wird, dass die heutige Ausgestaltung der KulturLegi bestehende Schwelleneffekte der Unterstützung verstärke und so den Mittelstand benachteilige. Zudem seien die Bedürfnisse der Bevölkerung nicht nur für den subventionierten Kulturbetrieb abzuholen.

KBIK-Präsidentin: Karin Fehr Thoma (Grüne, Uster), 078 610 16 61

Minderheit: Marc Bourgeois (FDP, Zürich), 079 219 95 38

Stärkere Förderung der digitalen Partizipation

Rasch behandeln dürfte der Kantonsrat das Postulat der GLP betreffend «Neue partizipative Formen der Demokratie dank Digitalisierung». Die Kommission für Staat und Gemeinden (STGK) beantragt dem Rat einstimmig, den Vorstoss abzuschreiben ([KR-Nr. 226/2019](#)). Mit dem Postulat wurde der Regierungsrat gebeten, eine Strategie für eine partizipative Demokratie zu erarbeiten, um neue informelle Beteiligungsmöglichkeiten der Bevölkerung mittels digitaler Mitwirkungs- und Ideenplattformen zu erarbeiten. Dazu wurde im Jahr 2020 das Projekt «Partizipation neu denken» als Teil des Impulsprogramms Digitale Verwaltung 2018–2022 gestartet. Die Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften (ZHAW) erhielt den Auftrag, eine Bestandesaufnahme zu erstellen, und erarbeitete auf deren Grundlage einen Partizipationsbaukasten, der als Wegleitung dienen soll. Mit dem Baukasten, den Empfehlungen aus der Studie und der Bereitstellung von zusätzlichen personellen Ressourcen wird gemäss Regierungsrat die Partizipation der Bevölkerung sowohl in digitaler als auch in nicht digitaler Form gestärkt. Die Kommission folgt dieser Einschätzung.

STGK-Präsidentin: Michèle Dünki-Bättig (SP, Glattfelden), 079 831 60 67

Vorstösse zu Unvereinbarkeit, Strafvollzug, Gleichheit und Kirche

Sollte der Kantonsrat vor Sitzungsende dazu kommen, wird er ein paar Vorstösse beraten, welche die Direktion der Justiz und des Innern betreffen. Mit einer Motion fordert SVP-Kantonsrat René Isler mit Unterstützung der EVP, dass Oberjugendanwältinnen und -anwälte betreffend Wahlfähigkeitszeugnis dieselben Voraussetzungen erfüllen müssen wie Staatsanwältinnen und -anwälte ([KR-Nr. 359/2023](#)). Der Regierungsrat beantragt, die Motion abzulehnen. Ebenfalls ablehnen will die Regierung ein Postulat von SP-Kantonsrätin Patricia Bernet. Mit Unterstützung von FDP, Grünen und AL lädt diese den Regierungsrat ein, in einem Bericht darzulegen, welche Konsequenzen aus den sexuellen Missbräuchen in der römisch-katholischen Kirche in Bezug auf das Verhältnis von Kirche und Staat zu ziehen sind ([KR-Nr. 403/2023](#)).

René Isler (SVP, Winterthur), 079 201 53 32

Patricia Bernet (SP, Uster), 079 714 71 55

Personelles:

Zu Beginn der Sitzung steht der Eintritt eines neuen Mitglieds des Kantonsrates an. Als Nachfolger von Franziska Barmettler wird der 40-jährige Teamleader Area Sales und Elektroingenieur Stephan Yves Hegetschweiler (GLP, Zürich) sein Amtsgelübde leisten (KR-Nr. 4/2025).

Veranstaltungshinweis:

Die erste Kantonsratssitzung im neuen Jahr wird ein bisschen früher enden als üblich. Ab ca. 10.45 Uhr steht die erstmalige Verleihung des mit 50'000 Franken dotierten [Zürcher Zukunftspreises](#) (ZZP) an. Die Fraktionen des Kantonsrates haben aus 102 eingereichten Projekten acht nominiert.

Diese Vorschau bietet einen Überblick über die Traktanden, die voraussichtlich behandelt werden. Alle weiteren Verhandlungsgegenstände sind auf der [Traktandenliste](#) aufgeführt.

Allgemeine Auskünfte zur Sitzung des Kantonsrates geben:

Jürg Sulser, Kantonsratspräsident, 079 416 17 00

Ronny Nicolussi, Medienbeauftragter, 043 259 20 12